

DGB Nord · Besenbinderhof 60 · 20097 Hamburg
Wirtschafts- und Digitalisierungsausschuss
des Schleswig-Holsteinischen Landtags
Herrn Vorsitzenden Claus Christian Claussen
Landeshaus
Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

Schleswig-Holsteinischer Landtag
Umdruck 20/5826

Per E-Mail: wirtschaftsausschuss@landtag.ltsh.de

Stellungnahme zum Antrag „Hafeninfrastruktur in Schleswig-Holstein nachhaltig finanzieren und ausbauen“ der Fraktion des SSW (Drucksache 20/3176) und zur Landeshafenstrategie (Drucksache 20/3830)

13. Januar 2026

Sehr geehrter Herr Vorsitzender, sehr geehrte Mitglieder,

der Ausschuss hat den Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB) mit dem Schreiben vom 16.12.2025 um eine Stellungnahme zu den o.g. Drucksachen gebeten. Dieser Bitte kommt der DGB gerne nach.

Der Landtag hatte bereits im Mai 2025 den Antrag diskutiert, einige wichtige Aspekte beleuchtet, ihre unmittelbare Rolle für die öffentliche Daseinsvorsorge der Inseln hervorgehoben und die Investitionsbedarfe verdeutlicht.

Dies möchten wir im Rahmen der Stellungnahme nicht wiederholen, sondern vielmehr die überragende gesamtstaatliche Bedeutung der Häfen insgesamt für die gesamte Bundesrepublik hervorheben. Von jeher waren sie wichtig für die Versorgung des Landes und schlichtweg die Drehscheiben für unsere exportorientierte Wirtschaft und ihre Importabhängigkeit in einem rohstoffarmen Land.

Aus unserer Sicht etwas unberücksichtigt blieb in der Landtagsdebatte, dass ihre Aufgaben jedoch in den letzten Jahren aufgrund klima- und geopolitischer Herausforderungen gepaart mit neuen Anforderungen an die Versorgungssicherheit deutlich gewachsen sind. Spätestens seitdem Erdöl und Erdgas nicht mehr über die verschiedenen Pipelines aus Russland importiert werden, müssen viel größere Mengen über die Häfen umgeschlagen werden. Zukünftig ist zudem der Umbau von Importterminals für Wasserstoff bzw. wasserstoffbasierte Derivate notwendig. Das ist nicht nur entscheidend für die Versorgung unserer energieintensiven Industrien mit ihren vielen Arbeitsplätzen in ganz Deutschland, sondern spielt auch eine entscheidende Rolle zur Reduzierung von CO₂-Emissionen.

Laura Pooth
Vorsitzende
DGB Nord

Deutscher Gewerkschaftsbund
Bezirk Nord
Besenbinderhof 60
20097 Hamburg
Telefon: (+49) 40 6077661-22
laura.pooth@dgb.de

Gleichzeitig sind die Seehäfen Ausgangspunkte für den Bau und die Wartung der vielen neuen Offshore-Windparks in Nord- und Ostsee, und natürlich ergeben sich aus einer deutlich veränderten Weltlage auch neue sicherheitspolitische Anforderungen, auch in den Häfen selbst.

Insofern ist auch die strategische Bedeutung der deutschen Häfen für die Sicherheit und die Versorgung unseres ganzen Landes deutlich gestiegen und wird weiter steigen. Dies ist auch in der vorliegenden Landeshafenstrategie richtigerweise betont.

Dabei greift eine alleinige Betrachtung der Hafenanlagen zu kurz. Mit der strategischen Bedeutung der Häfen steigen auch die Anforderungen an die Hafenhinterlandanbindungen, insbesondere auf der Schiene, um nicht nur die Versorgungssicherheit regional, sondern bis tief in den Süden Deutschlands sicherzustellen und gleichzeitig den klimapolitischen Anforderungen an den Verkehrssektor gerecht zu werden.

Das erfordert eine deutlich höhere bundespolitische Verantwortung als bisher, denn diese veränderten Aufgaben in einer veränderten Weltlage können nicht von Landes- oder Kommunalhaushalten zulasten anderer wichtiger Investitionen geschultert werden.

Der in der Landeshafenstrategie wiedergegebene Investitionsbedarf von 1.500 Millionen Euro für die Häfen in Schleswig-Holstein bei gerade mal zwei Millionen Euro Beteiligung des Bundes jährlich macht deutlich, dass es viel grundsätzlicherer Ansätze bedarf.

Daher wenden sich der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften vor allem an den Bund und fordern den Bundestag und die Bundesregierung auf:

- die seit 2005 unverändert gleich gebliebene finanzielle Unterstützung des Bundes – mit rund 38 Millionen Euro pro Jahr für alle fünf norddeutschen Länder – an den tatsächlichen Bedarf der Infrastrukturen in Höhe von 500 Mio. Euro jährlich anzupassen. Mittlerweile sind Investitionen in Höhe mehrerer Milliarden Euro erforderlich, um zentrale Infrastrukturen für Umschlag, Energieimporte, die Landstromversorgung gemäß EU-Vorgabe, die Offshore-Industrie und sicherheitsrelevante Einrichtungen aufzubauen und zu modernisieren;
- eine neue, mit entsprechenden Mitteln hinterlegte, Gemeinschaftsaufgabe "Häfen" gemäß Artikel 91a des Grundgesetzes einzuführen;
- eine schnelle, verlässliche und an den zukünftigen Bedarfen ausgerichtete Hafenhinterlandanbindung, insbesondere auf der Schiene, bis tief in den Süden der Republik sicherzustellen;
- den Erhalt und den Ausbau aller DB-Cargo-Werke für eine schnelle und standortnahe Reparatur von Lokomotiven und Waggons zu garantieren.

Grundsätzlich unterstützen wir aber den Ansatz des SSW-Antrages, nach weiteren Möglichkeiten für mehr Investitionen in Schleswig-Holstein zu suchen.

Der DGB Nord hatte bereits 2022 in seiner von einer renommierten Forschungsgruppe erarbeiteten Studie die erheblichen Investitionsbedarfe für Schleswig-Holstein im nächsten Jahrzehnt herausgearbeitet und die finanzpolitischen Handlungsmöglichkeiten der Landespolitik innerhalb grundgesetzlicher Beschränkungen dargestellt. Dabei hatte der DGB auch auf die Möglichkeiten verwiesen, verstärkt die Möglichkeit für landeseigene öffentliche Investitionsgesellschaften oder auch Landesbeteiligungen an Investitionsgesellschaften zu nutzen.

Einen solchen Weg begleiten und unterstützen wir gern.

Mit freundlichem Gruß

gez. Laura Pooth